

## Bundestag beschließt 219a-Kompromiss

Info über Abtreibung wird erleichtert

**Berlin/Bremen.** Schwangere können künftig einfacher als bisher Ärzte für eine Abtreibung finden. Der Bundestag hat am Donnerstag dazu die umstrittene Reform von Paragraf 219a des Strafgesetzbuches beschlossen. Demnach dürfen Ärzte künftig – etwa im Internet – angeben, dass sie Schwangerschaftsabbrüche vornehmen. Für weitere Informationen müssen sie allerdings auch künftig auf offizielle Stellen verweisen. Sie dürfen auch nicht selbst veröffentlichen, mit welcher Methode sie abtreiben. Das kritisieren Ärzte, Betroffene und Teile der Opposition scharf.

Die Bundesregierung spreche Ärzten damit ihr Misstrauen aus und stigmatisiere Frauen in Notsituationen, empörte sich die FDP-Abgeordnete Nicole Bauer. „Schon jetzt finden Frauen in Not kaum einen Arzt, der Schwangerschaftsabbrüche vornimmt“, sagte sie. Die Versorgungslücke bleibe auch mit dem Gesetzentwurf bestehen. Die Grünen-Abgeordnete Katja Keul warf Union und SPD „unnötige Diskriminierung von Ärzten“ vor. Sie würden eingeschüchert und davon abgehalten, Abbrüche vorzunehmen.

Der Bremer Bundestagsabgeordneten Sarah Ryglewski geht die getroffene Regelung noch nicht weit genug: „Der jetzt vorliegende Kompromiss ist zwar ein Fortschritt gegenüber der aktuellen Rechtslage, da er Klarheit darüber schafft, welche Informationen erlaubt sind und welche nicht. Allerdings ermöglicht er Ärztinnen und Ärzten weiterhin nicht, in ihren eigenen Worten darüber zu informieren, dass sie Schwangerschaftsabbrüche vornehmen und, wenn ja, mit welcher Methode.“ Ryglewski kritisiert zudem, dass die von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) in Auftrag gegebene Studie „Argumente radikaler Gegner von Schwangerschaftsabbrüchen befördert“.

Union und SPD indes verteidigten den mühsam erstrittenen Kompromiss. Eine komplette Abschaffung des Paragrafen 219a wäre zwar besser gewesen, die Reform aber bringe auch schon einen riesigen Fortschritt für die Frauen, sagte die ehemalige Gesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD). DPA

### DIGITALPAKT

#### Mehrheit für Grundgesetzänderung

**Berlin.** Die geplante Digitalisierung von Deutschlands Schulen hat eine weitere zentrale Hürde genommen. Der Bundestag stimmte am Donnerstag mit Zwei-Drittel-Mehrheit für eine entsprechende Grundgesetzänderung. Noch in diesem Jahr soll das erste Geld vom Bund an Länder und Kommunen fließen. Das Gesetz erhielt in namentlicher Schlussabstimmung eine Mehrheit von 574 der 648 abgegebenen Stimmen. Mit Nein stimmten 74 Abgeordnete. Damit wurde die nötige Zwei-Drittel-Mehrheit wie erwartet erreicht. DPA

### RAZZIA

#### Mutmaßliche Islamisten in Haft

**Frankfurt/Main.** Bei Wohnungsdurchsuchungen in Hessen und Nordrhein-Westfalen sind zwei mutmaßliche Islamisten festgenommen worden. Es handele sich um 26-jährige Eheleute aus dem hessischen Raunheim, teilte die Frankfurter Staatsanwaltschaft am Donnerstag mit. Sie sollen im November 2016 gemeinsam mit ihren beiden Kleinkindern in die Türkei gereist sein und erfolglos versucht haben, zu „dschihadistischen Zwecken“ in ein von der Terrormiliz Islamischer Staat (IS) beherrschtes Gebiet in Syrien zu gelangen. Sie wurden den Angaben zufolge noch in der Türkei festgenommen und nach Deutschland abgeschoben. DPA

### URTEIL

#### Betreute Menschen dürfen wählen

**Karlsruhe.** Menschen, die auf gerichtlich bestellte Betreuung in allen Angelegenheiten angewiesen sind, dürfen nicht pauschal von Wahlen ausgeschlossen werden. Das gilt nach einem am Donnerstag veröffentlichten Beschluss des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe vom 29. Januar auch für Straftäter, die wegen Schuldenfähigkeit in einem psychiatrischen Krankenhaus untergebracht sind. Der Zweite Senat monierte einen Verstoß gegen den Grundsatz der Allgemeinheit der Wahl nach Artikel 38 und gegen das Verbot der Benachteiligung wegen einer Behinderung nach Artikel 3 des Grundgesetzes. DPA



Die SPD-Vorsitzende Andrea Nahles: Auch unter ihrer Führung konnten die Sozialdemokraten ihren Abwärtstrend nicht stoppen. Die Partei liegt in Umfragen inzwischen weit unter ihrem Ergebnis bei der letzten Bundestagswahl. Viele lasten diese Entwicklung auch der Parteichefin an, die nicht zum anstehenden Parteitag der Bremer Genossen kommen wird. FOTO: JUTRCZENKA/DPA

## Parteitag ohne Prominenz

SPD-Chefin Nahles wird nicht nach Bremen reisen – was die Genossen aber nicht überbewerten wollen

VON INA BULLWINKEL  
UND HANS MONATH

**Berlin.** SPD-Chefin Andrea Nahles hat sich für einen von zwei Terminen entschieden. Die europäischen Sozialdemokraten (SPE) wollen auf einem Kongress in Madrid am Freitag und Sonnabend den Niederländer Frans Timmermans zum Spitzenkandidaten für die Wahl zum Europäischen Parlament am 26. Mai küren. Am Sonnabend verabschiedet die Bremer SPD ihr Programm für die Bürgerschaftswahl, die am gleichen Tag stattfindet.

Die Europawahl und die Wahl in Bremen – beide gelten als Schicksalswahlen für die SPD und ihre Vorsitzende. Die Wahl zum Europaparlament ist der erste bundesweite Test für die Überzeugungskraft der Sozialdemokraten seit der Bundestagswahl 2017. Seither ging es in den Umfragen fast nur nach unten, doch die Verabschiedung des neuen Sozialstaatskonzepts und die Lossagung von Hartz IV haben den Genossen erstmals wieder einen leichten Aufschwung beschert. In Bremen haben die Sozialdemokraten seit 1946 ununterbrochen regiert. Ein Machtverlust wäre deshalb ein Menetekel im Wahljahr 2019. In einer aktuellen Umfrage des WESER-KURIER liegt die Bremer SPD mit 24 Prozent knapp hinter der CDU (25 Prozent).

Nahles fliegt an diesem Freitag nun gemeinsam mit den SPD-Europa-Spitzenkandidaten

Katarina Barley und Udo Bullmann nach Madrid, um bei der Wahl Timmermans dabei zu sein. Womöglich spielt auch eine Rolle, dass ihre Abwesenheit beim SPE-Kongress in Lissabon im Dezember in den Medien kritisiert worden war. Nahles vertritt immerhin die Sozialdemokraten aus dem einwohnerstärksten Land der Europäischen Union, das ihre Partei immer noch mitregiert.

Die Bremer Genossen werden ihr Regierungsprogramm, das mehr Geld für Bildung und Sozialpolitik verspricht, ohne Nahles verabschieden. Dem Verdacht, die Landes-SPD wolle sich von dem deutlich schwächeren Bundestrend absetzen und gehe deshalb auf Distanz zur Bundesprominenz der Partei, widerspricht die Bremer Parteichefin Sascha Au-

lepp energisch. Es gehe nun einmal um einen „sehr arbeitsintensiven“ Landesparteitag, sagt sie, das 300 Seiten lange Regierungsprogramm müsse abgestimmt werden, es lägen viele Änderungsanträge vor. Das schränke die Zeit für längere Reden ein: „Der Rahmen dieses Landesparteitags würde der Bundesprominenz nicht gerecht werden.“ Außerdem, so sagt Aulepp, wird Nahles in Bremen sehr wohl für die SPD werben – und zwar im April zum Auftakt des Wahlkampfs. Für die kommenden Monate hätten sich darüber hinaus unter anderem Hubertus Heil, Katarina Barley und Franziska Giffey für einen Besuch in der Hansestadt angemeldet.

Auch der Landesgeschäftsführer der Bremer SPD, Roland Pahl, verteidigt den Partei-

tag ohne Bundesprominenz. Gastredner außer dem Landesvorsitzenden und dem Spitzenkandidaten habe es in den vergangenen 20 Jahren auf keinem Landesparteitag vor einer Bürgerschaftswahl gegeben. Am Sonnabend würden deswegen ausschließlich die Landesvorsitzende Aulepp und Bürgermeister Carsten Sieling sprechen. Pahl fügte an, dass die Bremer SPD die aktuellen Beschlüsse des Parteivorstandes zum Sozialstaat und zur Grundrente begrüße. „Wir verspüren damit einen Rückenwind aus Berlin“, sagt er. Das sei nicht immer so gewesen.

Dass weder Nahles noch ein anderer Spitzenpolitiker am Sonnabend in der Hansestadt kommt, sieht auch der Bremer Sozialdemokrat und frühere Senator Volker Kröning unkritisch. Dieser Umstand sei für die dortigen Landesparteitage nichts Ungewöhnliches: „Ich würde daraus absolut nicht schließen, dass die Bundespartei und die Verbündeten aus der Regierung von den Bremer Genossen ausgeschlossen werden.“ Vielmehr beurteilt er das Fernbleiben der Bundespolitiker als Bremer Eigenheit. Die Landtagswahlen seien dort immer auch eine indirekte Bürgermeisterwahl, „und die will man freilassen von Fremdeffekten“. Die Lage der Bundes-SPD ist laut Kröning allerdings von „besonderer Sensibilität gekennzeichnet“. Deswegen sei es sehr wichtig, dass die Bremer SPD die Wahlen im Mai bestehe. DPA

### Festakt zum 100. Geburtstag von Helmut Schmidt

**Mit einem großen Festakt** feiert Hamburg den 100. Geburtstag seines Ehrenbürgers und Altkanzlers Helmut Schmidt. Rund 1500 Gäste werden dazu am Sonnabend in der Elbphilharmonie erwartet, darunter neben Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD) und mehreren Senatoren Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Bundesratspräsident Daniel Günther (CDU), die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini und Altkanzler Gerhard Schröder. Der Festakt soll Höhepunkt und Abschluss der Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag Schmidts bilden, der aller-

dings schon zwei Monate zurückliegt. Eine Nachfeier sei beste Schmidt'sche „Tradition“, sagt Ulfert Kaphengst von der Bundeskanzler-Helmut-Schmidt-Stiftung, die gemeinsam mit dem Senat zu dem Festakt geladen hat. Schon zu Lebzeiten habe Schmidt mit Rücksicht auf den Trubel der Weihnachtstage runde Ehrenfeste lieber im Januar oder Februar gefeiert. Am 23. Dezember 1918 in Hamburg-Barmbek geboren, war Schmidt im November 2015 kurz vor Vollendung seines 97. Lebensjahres in seinem Haus in Langenhorn gestorben. DPA

## Robert gegen die Gräben

Wie der Grünen-Chef Habeck bei Bremer Landwirten für die Agrarwende wirbt

VON JONAS MIELKE

**Bremen.** Am Ende des Abends erzählt Robert Habeck eine Geschichte. Es ist eine witzige Anekdote, die er zum Jahresauftakt des Bremischen Landwirtschaftsverbands zum Besten gibt, sie handelt von einem Telefonat mit Peter Harry Carstensen. Das CDU-Urgestein und der Grüne gemeinsam am Telefon, es geht um Weinreben auf Deichen, in der Geschichte treibt Habeck dem Ex-Ministerpräsidenten Carstensen eine fixe Idee aus. Die Menschen im vollbesetzten Saal lachen, Habeck lacht mit ihnen.

„Landwirtschaft im Dialog“, so hat der Landwirtschaftsverband seine Veranstaltung im Bremer Hotel Landgut Horn genannt. Der Tagungsraum ist voll besetzt, etwa 180 Gäste aus Landwirtschaft und Politik sind gekommen, und natürlich der geladene Stargast aus Kiel. Der Bundesvorsitzende der Grünen, Robert Habeck.

Der sagt nach der Diskussion: „Wenn die eigentliche Frage war, wie diskutieren Leute, die eine Agrarwende wollen und diejenigen, die davon potenziell betroffen sind, dann war der Abend ein ganz gutes Beispiel dafür, dass das gelingen kann.“ Und das ist ja auch die unterschwellige Botschaft seiner Anekdote mit Peter Harry Carstensen. Habecks Geschichte soll deutlich machen, dass alte Gräben überwunden werden können. Zwischen CDU und den Grünen und auch zwischen den Grünen und den konventionellen Landwirten. Gemeinsam Probleme definieren und Lösungen suchen, das ist Habecks Politikansatz.

Die Probleme der Landwirte formulieren die Verbandsvertreter an diesem Abend deutlich.

Dazu braucht der Bremische Bauernverbandspräsident Hilmer Garbade nur wenige Worte: „Frust. Tatsächlich, wir haben viel Frust.“ Etwa über Dumping-Preise, finanzielle Unsicherheit, Bürokratie, Wetterkapriolen, das Sterben der Höfe, den Ton in der Wolfs- oder Nitrat-Debatte. Die Liste ist lang.

Christian Kluge, Geschäftsführer des Bremischen Landwirtschaftsverbands, beklagt vor allem die Art des Dialogs. „Wir lassen uns unser Selbstverständnis und die Deutungshoheit über unseren Beruf nicht von radikalen

NGOs wegnehmen, die glauben, die moralische Instanz in diesem Land zu sein.“

Dann kommt Habeck auf die Bühne, mit hochgekrempten Hemdsärmeln tritt er vor das Rednerpult, statt dahinter zu stehen. Er legt los, und am Ende wirkt es, als seien er und die Gäste im Saal nicht mehr so weit voneinander entfernt, wie man vorher vermutet hätte. Er erkennt die historischen Leistungen der Landwirte an, und er sucht eine gemeinsame Basis, bevor er Lösungen anbietet.

Habeck fordert einen neuen Verteilungsschlüssel für Agrarsubventionen, Naturschutz soll sich für Landwirte finanziell lohnen, und letztlich liegt die Meinungsverschiedenheit hauptsächlich in der Frage: Was will der Verbraucher? Habeck argumentiert, Verbraucher seien bereit, mehr Geld zu bezahlen, wenn sie wüssten, wie die Produkte hergestellt werden. Einige Landwirte sind skeptisch, die Diskussion ist sachlich, nicht feindselig.

„Es ist kein Geheimnis, dass Grüne und konventionelle Landwirte nicht unmittelbar Alliierte sind“, sagt Habeck. Doch seine Erfahrungen aus Schleswig-Holstein würden beweisen, dass es klappen könne, die Gräben zu überwinden: „Es ist möglich, zu gemeinsamen Lösungen zu kommen, wenn man sich klug genug dem Themenfeld nähert.“

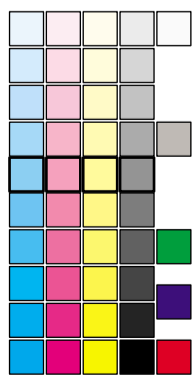
Auch Bremer Politiker sind gekommen, die Grünen-Spitzenkandidatin Maike Schaefer ebenso wie der CDU-Bürgerschaftsabgeordnete und Landwirt Frank Imhoff. Kurz vor der Veranstaltung begrüßen Schaefer und Imhoff gemeinsam den Gast, Handshakes mit Habeck. Möglicherweise war der Abend hilfreich, um nach der Bürgerschaftswahl im Mai auch in Bremen politische Gräben zu überwinden.



Sachlicher Austausch: Habeck beim Bremischen Landwirtschaftsverband. FOTO: KOCH

WESER  
KURIER

Eine Auswertung dieser Messfelder ermöglicht es uns, täglich die Druckqualität der Zeitung zu überprüfen.



## Zweifel an AfD-Angaben zu Parteispenden

**Konstanz.** In der Affäre um Wahlkampfspenden aus der Schweiz hat die AfD dem Bundestag möglicherweise eine in Teilen unrichtige Spenderliste übermittelt. Einem entsprechenden Verdacht geht die zuständige Staatsanwaltschaft Konstanz nach. Bisherige Vermutungen hätten „Zweifel bestätigt, dass es sich bei den Personen tatsächlich um die angeleglichen Spender handelt“, sagte Staatsanwalt Andreas Mathy am Donnerstag. Weitere Angaben lehnte der Sprecher der Konstanzer Staatsanwaltschaft unter Hinweis auf die laufenden Ermittlungen ab. Recherchen von „Spiegel“ und „Report Mainz“ zufolge haben angebliche Gönner der AfD bestritten, der Partei Geld gespendet zu haben. Vielmehr hätten sie lediglich ihre Namen hergegeben. DPA

## Maaßen und Patzelt treten Werteunion bei

**Berlin.** Ex-Verfassungsschutzpräsident Hans-Georg Maaßen und der Politikwissenschaftler Werner Patzelt sind der konservativen Werteunion innerhalb von CDU und CSU beigetreten. Der Vorsitzende der Werteunion, Alexander Mitsch, wertete dies am Donnerstag als Beleg dafür, dass sich seine in den Parteiführungen teils kritisch gesehene Organisation „allen Widerständen zum Trotz innerhalb der CDU und CSU etabliert hat“. Maaßen sagte „FAZ.NET“, die Werteunion sei „eine wichtige Basisbewegung der Mitglieder von CDU und CSU, die ihre Berufspolitiker täglich daran erinnern soll, sich zu ihren eigenen Wertvorstellungen zu bekennen und keine grüne und sozialdemokratische Politik zu betreiben“. DPA